

## 2. Ergänzungsvorlage zur Vorlage Nr. 563/2013-2

### Beschlussentwurf

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften nimmt die Anträge der Fraktionen zum Haushaltsentwurf 2014 und die Stellungnahmen des Bürgermeisters hierzu zur Kenntnis.

### Sachverhalt

Dem Bürgermeister liegen seitens der Fraktionen Anträge zum Haushaltsentwurf 2014 vor. Die dem Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften betreffenden Anträge und die Stellungnahmen des Bürgermeisters hierzu sind nachstehend dargestellt.

Lfd. Nr.	Produkt-Gruppe / Seite Haushalts-entwurf	Ausschuss	Titel	Erläuterungen
1	1.01.15 Gebäude-wirtschaft  Seite 96 ff.	VPLA	Antrag CDU und Bündnis 90 / Grüne	Turnhallen als Veranstaltungsräume Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Auflistung zu erstellen, welche Turnhallen als Veranstaltungsräume für kulturelle Veranstaltungen genutzt werden könnten und welche notwendigen Umbaumaßnahmen ggf. vorgenommen werden müssten, um eine Nutzung zu ermöglichen.  <b>Antwort</b> Die Stellungnahme des Bürgermeisters steht noch aus.
2	1.01.15 Gebäude-wirtschaft Seite 96 ff  1.12.02 Straßenbau, -unterhaltung	VPLA	Antrag CDU und Bündnis 90 / Grüne	Prioritätenliste für Gebäude- und Straßenunterhaltung Der Bürgermeister wird beauftragt, für die Gebäude- und Straßenunterhaltung Prioritätenlisten anzulegen und über den Fortgang jedes Quartal zu berichten.  <b>Antwort zu 1.12.02</b> Die Straßenunterhaltung ist gemäß Ratsbeschluss vom

	-bewirtschaftung  Seite 335 ff.			30.08.2007 (Vorlage 339/2007-2) an den Stadtbetrieb Bornheim übertragen. Der Antrag bedingt eine entsprechende Änderung des o. a. Ratsbeschlusses. Inhaltlich ist die Straßenunterhaltung der Straßen, Wege, Plätze inklusive Brücken, Parkplätze u. sonstige Bauten der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur in der Stadt Bornheim so definiert, dass sie der Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit nach den gesetzlichen Bestimmungen genügen soll. Der Bürgermeister verweist zum Sachverhalt auf die Ausführungen zum Antrag der FDP-Fraktion vom 11.06.2007 (Vorlage 253/2007-9). Hierin führte der Bürgermeister aus, dass für die Straßenunterhaltung eine grundsätzliche Zielfestsetzung noch aussteht. Diese wäre zum Beispiel wie folgt zu definieren: „Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit ohne Wert- und Substanzerhaltung bei minimaler Investition“ (wie seit vielen Jahren praktiziert) oder „Herstellung und dauerhafte Sicherstellung der Verkehrssicherheit unter dem Aspekt der Substanz- und Werterhaltung bei entsprechend hohem Investitionsvolumen“.
3	1.12.02 Straßenbau, -unterhaltung -bewirtschaftung  Seite 335 ff.	VPLA	Antrag CDU und Bündnis 90 / Grüne	Antrag: Erweiterung der Straßenbeleuchtung auf der Grünewaldstraße Der Bürgermeister wird beauftragt, die Straßenbeleuchtung auf der Grünewaldstraße um 2 Leuchtstellen zu erweitern (siehe Vorlagen 111/2013-9 und 389/2013-9).  <b>Antwort</b> Der Bürgermeister weist auf die Ausführungen in den o.a. Vorlage hin und stellt heraus, dass eine Ergänzung der Straßenbeleuchtung entlang des Wirtschaftsweges, der parallel zur Grünewaldstraße verläuft, um 2 Leuchtstellen, lediglich die Erweiterung des vorhandenen Ausleuchtungsprovisoriums dargestellt, die zwar den Nutzungsansprüchen genügt, aber nicht den aktuellen DIN-

				<p>Vorschriften. Die Kosten für die Erweiterung des Provisorium werden, mit Stromversorgung über Freileitung, mit 4.000 Euro angegeben. Die Folgekosten für Wartung und Betrieb mit rd. 200 Euro/a.</p> <p>Der Bürgermeister empfiehlt daher, dem Antrag nicht zu entsprechen.</p>
4	<p>1.12.02 Straßenbau, -unterhaltung -bewirtschaftung</p> <p>Seite 387</p>	VPLA	<p>Antrag CDU und Bündnis 90 / Grüne</p>	<p>Antrag: Erweiterung Parkplatz Servatiusweg Der Bürgermeister wird beauftragt, die Erweiterung des Parkplatzes Servatiusweg nur bei Bedarf vorzunehmen und dies auch so im Haushalt auszuweisen.</p> <p><b>Antwort</b> Der Bürgermeister hat keine Bedenken zu o.a. Antrag und empfiehlt, das o. a. Projekt nur nachrichtlich im Haushaltsplan darzustellen, ohne einen konkreten Ansatz, und die Maßnahme im Straßenbauprogramm bei der Fortschreibung entsprechend anzupassen.</p> <p>Der Bürgermeister empfiehlt, das Projekt im Rahmen der Haushaltsbewirtschaftung aufzunehmen.</p>
5	<p>1.01.14 Liegenschafts- verwaltung</p> <p>Seite 88 ff.</p>	VPLA	<p>Antrag CDU und Bündnis 90 / Grüne</p>	<p>Antrag: Erlöse aus Veräußerungen Der Bürgermeister wird beauftragt, eine differenzierte Auflistung der Erlöse aus Veräußerung von städtischen Liegenschaften vorzulegen.</p> <p><b>Antwort</b> Die Stellungnahme des Bürgermeisters steht noch aus.</p>
6	<p>1.01.15 Gebäude- Wirtschaft</p>	VPLA / ASS	<p>Antrag CDU und Bündnis 90 / Grüne</p>	<p>Barrierefreier Zugang zu Schul- und Sportstätten Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Bestandsaufnahme zum barrierefreien Zugang von Schul- und Sportstätten zu erstellen und die Kosten für Umbaumaßnahmen zu beziffern</p>

	Seite 96 ff.			und die Maßnahmen nach Priorität aufzulisten.  <b>Antwort</b> Die Stellungnahme des Bürgermeisters steht noch aus.
7	1.09.01 Räumliche Planung und Entwicklung  Seite 286 ff.	VPLA	Antrag SPD	Räumliche Planung und Entwicklung Planung Umbau Einmündung Sechtemer Weg / Königstraße Ansatz 20.000 €  <b>Antwort</b> Aus der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Rahmenplanung Bornheim-West haben sich einige Fragestellungen zum Thema Verkehr ergeben. Hier soll zunächst ein Verkehrsgutachten klären, welche Auswirkungen die Planung hat und welche Maßnahmen grundsätzlich empfohlen werden können. In die Gesamtbetrachtung ist auch der Einmündungsbereich Königstraße/ Sechtemer Weg einbezogen. Die Ergebnisse sollten zunächst abgewartet und die Handlungsempfehlungen im zuständigen Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften vorgestellt werden. Anschließend kann ggf. eine Aufnahme in das Straßenverkehrsprogramm beschlossen werden oder ein möglicher Umbau mit der Erschließung des Baugebietes Bornheim-West erfolgen.  Der Bürgermeister empfiehlt, dem Antrag nicht zu entsprechen, da noch gutachterliche Untersuchungen durchzuführen und entsprechende Handlungsempfehlungen zu erarbeiten sind.
8	1.09.01 Räumliche Planung und Entwicklung  Seite 286 ff.	VPLA	Antrag SPD	Räumliche Planung und Entwicklung Planungskosten Umnutzung ehemaliger Sportplatz Hersel Ansatz 15.000 €  <b>Antwort</b>

				<p>Für die Umgestaltung des ehemaligen Sportplatzes Hersel liegen derzeit lediglich anteilige Mittel aus den Kompensationszahlungen zum geänderten Bebauungsplan Hersel 206 vor. Damit kann nur eine Teilfläche neu gestaltet werden. Soweit Planungsmittel für die Umgestaltung bereit gestellt werden, sollte auch ein Ansatz für die Realisierung entsprechend in den Haushalt aufgenommen werden. Da es kein ausgesprochenes Grünflächenamt bei der Stadt Bornheim gibt, müsste verwaltungsintern geklärt werden, wer diese Planung betreut. Eine Planung und Umsetzung sollte erst erfolgen, wenn der neue Sportplatz an der Ertstraße weitestgehend realisiert ist.</p> <p>Sollte ein entsprechender Beschluss gefasst werden, wird empfohlen, die Planungskosten für 2015 im Haushalt FB 6 oder SUA vorzusehen und darüber hinaus weitere Mittel für die Umsetzung bereitzustellen.</p>
9	<p>1.09.01 Räumliche Planung und Entwicklung</p> <p>Seite 286 ff.</p>	VPLA	Antrag SPD	<p>Räumliche Planung und Entwicklung Ideenwettbewerb und Maßnahmen zu Umfeldverbesserungen in den einzelnen Ortsteilen (fortlaufend in den Folgejahren) 10.000 € (vorh. Planmittel)</p> <p><b>Antwort</b> Ein Ideenwettbewerb kann nur erfolgreich sein, wenn auch entsprechende Finanzmittel für die Realisierung eingestellt werden. Hierzu sind im aktuellen Haushaltsplanentwurf keine Gelder vorgesehen. Da es sich hier voraussichtlich um eine freiwillige Maßnahme handelt, kann allerdings nicht empfohlen werden entsprechende Mittel bereit zustellen.</p> <p>Sollte ein Beschluss gefasst werden den Ideenwettbewerb über die allgemeinen Planungsmittel zu finanzieren, müsste dies als Projekt in die Prioritätensetzung des Fachbereichs 7 aufgenommen werden. Es stünde dann in Konkurrenz zu</p>

				<p>anderen Projekten mit entsprechenden zeitlichen Auswirkungen auf die Bauleitplanung.</p> <p>Im Fachbereich 7 ist unter dem Titel Rahmenplanungen mit einer Teilsumme auch das Stadtmarketing eingeschlossen. Damit sind ab 2015 für eine ähnliche Planung bereits Mittel vorgeschlagen. Eine Bearbeitung konnte in der letzten Zeit allerdings nicht erfolgen, da andere Prioritäten vorgingen und insbesondere Projekte in der Bauleitplanung vorrangig zu bearbeiten waren.</p>
10	<p>1.10.3 Wohnungsbauförderung</p> <p>Seite 305 ff.</p>	VPLA	Antrag SPD	<p>Wohnungsbauförderung Sozialer Wohnungsbau, Initiativen und Investorensuche Ansatz 1.000 €</p> <p><b>Antwort</b> Die Stellungnahme des Bürgermeisters steht noch aus.</p>
11	<p>1.12.02 Straßenbau, -unterhaltung -bewirtschaftung</p> <p>Seite 335 ff.</p>	VPLA	Antrag SPD	<p>Straßenbau, Unterhaltung etc. Deckenerneuerung auf Straßen Ansatz 250.000 € Folgejahre: jährlich 1 km</p> <p><b>Antwort</b> Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Deckenerneuerung auf Straßen im beschriebenen Umfang eine Maßnahme/Projekt darstellt, dass bei der Fortschreibung des Straßenausbauprogramms berücksichtigt werden sollte und weist ferner auf die Ausführungen der Verwaltung in der Vorlage 088/2013-9 „Fortschreibung Straßenbauprogramm“ hin, wo die Realisierbarkeit der dort aufgeführten Projekte in Abhängigkeit der Leistungskapazitäten der Verwaltung aufgezeigt wird. Demnach würde die Aufnahme eines zusätzlichen/neuen Projektes, dessen Realisierung in 2014 realistisch stattfinden soll, eine Streichung eines anderen</p>

				<p>Projektes in gleicher Größenordnung bedeuten. Die o. a. Bauleistung stellt eine Unterhaltungsleistung (konsumtiv) dar und ist nicht refinanzierbar.</p>
12	<p>1.12.02 Straßenbau, -unterhaltung -bewirtschaftung</p> <p>Seite 335 ff</p>	VPLA	Antrag SPD	<p>Straßenbau, Unterhaltung, etc. Umsetzung von Maßnahmen aufgrund der Begehungen des Seniorenbeirates. Der Beirat ist an der Erstellung einer Prioritätenliste zu beteiligen. Ansatz 10.000 €</p> <p><b>Antwort</b> Die Verwaltung verweist auf die Ausführungen in der Vorlage 556/2013-9 zur Sitzung des Seniorenbeirates am 06.11.2013. Die Verwaltung weist ferner darauf hin, dass in der Liste der Maßnahmen des Seniorenbeirates aufgeführten Sachverhalte, die auf eine bauliche Erweiterung/Änderung abzielen und nicht ein Geschäft der laufenden Verwaltung darstellen, im Straßenausbauprogramm der Stadt Bornheim (Fortschreibung) berücksichtigt werden müssen. Bauliche Erweiterungen vorhandener Gehwege, bedingen maßnahmenbezogen mitunter eine umfangreiche Überprüfung hinsichtlich der örtlichen Gegebenheiten, der Eigentumsverhältnisse, den Möglichkeiten zum Grunderwerb und der Finanzierung und stellen im Einzelfall eine Baumaßnahme/Projekt dar. Hierzu ergänzend der Hinweis dass die Anwendung und Umsetzung des Leitfadens „Barrierefreiheit im Straßenraum“ in der Regel im Zusammenhang mit einem Teil- oder Vollausbau von Straßen nach entsprechendem Beschluss des Ausschusses für Verkehr, Planung und Liegenschaften erfolgt. Es ist seitens der Verwaltung nicht vorgesehen, den Bestand, zum Teil noch unausgebaut, punktuell mit diesen Ausbauparametern zu versehen und damit sog. „Insellösungen“ zu schaffen. Die vom Seniorenbeirat angeregten Maßnahmen mit</p>

			<p>straßenverkehrsrechtlichen Bezug, nach Liste vorrangig die Anordnung von Sonderwegen für Fußgänger und die bauliche Anlage von Querungshilfen oder Fußgängerüberwegen, bedürfen in jedem Einzelfalle der Sachverhaltsaufklärung sowie der Beratung innerhalb eines straßenverkehrsrechtlichen Anhörverfahrens. Ohne diesen Verfahren vorgreifen zu können, dürften nach der Einschätzung der Straßenverkehrsbehörde viele der aufgelisteten Anregungen zwar wünschenswert sein, jedoch objektiv wegen fehlendem Bedarf aus straßenverkehrsrechtlicher Sicht nicht begründbar. Außerdem fehlen wahrscheinlich an einigen Stellen wegen beengter Verhältnisse die notwendigen räumlichen Voraussetzungen. Selbstverständlich müssten auch die jeweiligen Baulastträger, z.B. betreffend Querungshilfen auf L183 in Merten und der L 300 in den Rheinorten, den Anregungen positiv gegenüber stehen. Die Straßenverkehrsbehörde wird die jeweiligen Sachverhalte, in Abhängigkeit der Kapazitäten und der straßenverkehrlicher Relevanz prüfen und in einem Anhörverfahren mit den beteiligten Institutionen und Dienststellen beraten. Entsprechend dem Prüfergebnis erfolgt ggf. die Einstufung als Baumaßnahme (z.B. Querungshilfe) und die Berücksichtigung im Straßenbauprogramm (Fortschreibung), wie zuvor beschrieben.</p> <p>Auch zu diesem Antrag weist die Verwaltung auf die Ausführungen in der Vorlage 088/2013-9 „Fortschreibung Straßenbauprogramm“ hin, wo die Realisierbarkeit der dort aufgeführten Projekte in Abhängigkeit der Leistungskapazitäten der Verwaltung aufgezeigt wird. Demnach würde die Aufnahme zusätzlicher/neuer Projektes, dessen Realisierung in 2014 realistisch stattfinden soll, eine Streichung anderer Projekte in gleicher Größenordnung bedeuten.</p>
--	--	--	--

				Die o. a. Bauleistungen stellen sowohl Unterhaltungsleistungen (konsumtiv) als auch Investitionen dar und sind nicht refinanzierbar.
13	1.09.01 Räumliche Planung und Entwicklung  Seite 289 ff.	VPLA	Antrag SPD	<p>Straßenbau, Unterhaltung, etc. Radwegeverbindung von <u>Roisdorf nach Bonn</u>, Planungskosten (für den Fall, dass Radschnellweg nicht realisiert werden kann) 5.000 €</p> <p><b>Antwort</b> Der Landesminister wird am 20.11.13 bekannt geben, welche Projekte als Radschnellweg gefördert werden. Die Verwaltung kann hierüber in der Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Planung und Liegenschaften am gleichen Tag berichten.</p> <p>Sollte das Projekt des Rhein-Sieg-Kreises mit der Stadt Bonn nicht ausgewählt werden, besteht derzeit keine Ersatzlösung seitens der Stadt Bornheim. Für eine alternative Planung müsste ein entsprechender Beschluss im Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften gefasst werden.</p>
14	1.12.02 Straßenbau, -unterhaltung -bewirtschaftung  Seite 335 ff	VPLA	Antrag SPD	<p><b>Straßenbau, Unterhaltung, etc.</b> Straßeneinmündung Heiligersstraße/Siegesstraße in Roisdorf Verbreiterung Einfahrtradius' (Einstellung des Ansatzes im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung für 2015) 22.500 €</p> <p><b>Antwort</b> Auch zu diesem Antrag weist die Verwaltung auf die Ausführungen in der Vorlage 088/2013-9 „Fortschreibung Straßenbauprogramm“ hin, wo die Realisierbarkeit der dort aufgeführten Projekte in Abhängigkeit der</p>

				<p>Leistungskapazitäten der Verwaltung aufgezeigt wird. Demnach würde die Aufnahme zusätzlicher/neuer Projektes, dessen Realisierung in 2014 realistisch stattfinden soll, eine Streichung anderen Projekte in gleicher Größenordnung bedeuten.</p> <p>Die o. a. Bauleistung stellt eine investive Bauleistung und ist nicht refinanzierbar.</p>
15	<p>1.12.02 Straßenbau, -unterhaltung -bewirtschaftung</p> <p>Seite 335 ff</p>	VPLA	Antrag SPD	<p>Schulwegsicherung Entfernung von Blumenkübeln in Sechtem im Bereich Krausplatz aus Mitteln Schulwegsicherung</p> <p><b>Antwort</b> Sofern sich die Blumenkübel im öffentlichen Verkehrsraum befinden, beschreibt der Antrag ein Geschäft der laufenden Verwaltung. Die Verwaltung prüft den Sachverhalt im Zuständigkeitsbereich als Straßenbaulastträger und Straßenverkehrsbehörde in Abhängigkeit der Kapazitäten und der straßenverkehrlicher Relevanz. Der Antrag hat keine Auswirkungen auf die Haushaltsplanberatungen.</p>
16	<p>1.01.15 Gebäude- Wirtschaft</p> <p>Seite 96 ff.</p>	VPLA	Antrag FDP	<p>Antrag: Erhöhung des Erhaltungsaufwands in der Gebäudewirtschaft Der VPLA beauftragt den Bürgermeister, bis zur Sitzung des HFWA darzustellen, wie das Verhältnis von Erhaltungsaufwand zu Gebäudeneuwert auf 1,2 Prozent (KGSt-Empfehlung) angehoben werden kann.</p> <p><b>Antwort</b> Unter Voraussetzung einer entsprechenden Budgetanhebung und Regelung der personellen Ressourcen wären für alle Gebäude umfassende Sanierungskonzepte zu</p>

				<p>erarbeiten. Der Wunsch der Fraktion bedingt einen entsprechenden Antrag in dem zuständigen Gremium. Eine damit einhergehende Erhöhung des Sachaufwandsbudgets wird zur Anhebung des Fehlbetrages im Ergebnisplan und zu einer Minderung des Eigenkapitals führen.</p> <p>Der Bürgermeister empfiehlt, dem Antrag nicht zu entsprechen.</p>
17	<p>1.12.02 Straßenbau, -unterhaltung -bewirtschaftung</p> <p>Seite 335 ff</p>	VPLA	Antrag FDP	<p>Erhöhung des Erhaltungsaufwands im Straßennetz Der VPLA beauftragt den Bürgermeister, bis zur Sitzung des HFWA darzustellen, wie der Erhaltungsaufwand der Straßen auf 60 Cent pro Quadratmeter (50 Prozent der Empfehlung für eine nachhaltige Substanzerhaltung) angehoben werden kann.</p> <p><b>Antwort</b> Bei Anhebung des notwendigen Budgets wären die derzeit vorgesehenen Erhaltungsmaßnahmen entsprechend auszuweiten. Eine nachhaltige, die Substanz erhaltende Unterhaltung der Straßen, Wege, Plätze inklusive Brücken, Parkplätze u. sonstige Bauten der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur erfordert gemäß der Empfehlung 1,20€/m<sup>2</sup> pro Jahr. Gemäß der beantragten Darstellung, wären die Ansätze für die Straßenunterhaltung auf rd. 3.800.000 Euro pro Jahr anzuheben, bei einem Ansätze 50% der Empfehlung, entsprechend auf 1.900.000 Euro/a. Der Bürgermeister verweist zum Sachverhalt auch auf die Ausführungen zum Antrag der FDP-Fraktion vom 11.06.2007 (Vorlage 253/2007-9) sowie auf die Ausführungen im Straßenbauprogramm in Bezug auf die Leistungskapazität des Fachbereiches Tiefbau.</p>

				<p>Für eine Verausgabung der o. a. Mittel müssten die Personalkapazitäten deutlich erhöht werden und die Straßenunterhaltung qualitativ und quantitativ neu definiert werden. Diese wäre zum Beispiel vom derzeitigen Status (Ist: „Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit ohne Wert- und Substanzerhaltung bei minimaler Investition“ (wie seit vielen Jahren praktiziert)) auf den Status: „Herstellung und dauerhafte Sicherstellung der Verkehrssicherheit unter dem Aspekt der Substanz- und Werterhaltung bei entsprechend hohem Investitionsvolumen“ neu zu definieren.</p> <p>Eine damit einhergehende Erhöhung des Sachaufwandsbudgets wird zur Anhebung des Fehlbetrages im Ergebnisplan und zu einer Minderung des Eigenkapitals führen.</p> <p>Der Bürgermeister empfiehlt, dem Antrag nicht zu entsprechen.</p>
18	<p>1.12.02 Straßenbau, -unterhaltung -bewirtschaftung</p> <p>Seite 335 ff</p>	VPLA	Antrag FDP	<p>Kreisverkehr Bonner Straße/Herseler Straße / Siegesstraße streichen Der VPLA streicht den Kreisverkehr Bonner Straße / Herseler Straße / Siegesstraße aus dem Investitionsprogramm.</p> <p><b>Antwort</b> Entsprechend der Beschlusslage der Gremien ist der Ansatz im Haushaltsentwurf enthalten.</p> <p>Der Bürgermeister hat keine Bedenken, dem Antrag zu entsprechen.</p>
19	<p>1.12.02 Straßenbau, -unterhaltung</p>	VPLA	Antrag FDP	<p>Maßnahme Heerweg vorziehen Der VPLA zieht die Planungen für den Ausbau des Heerwegs als verkehrswichtige Straße in das Haushaltsjahr</p>

	<p>-bewirtschaftung</p> <p>Seite 335 ff.</p>		<p>2014 vor und beauftragt den Bürgermeister, für diese Maßnahme Fördermittel zu beantragen.</p> <p><b>Antwort</b> Der Bürgermeister verweist hierzu auch auf die Ausführungen im Straßenbauprogramm in Bezug auf die Leistungskapazität des Fachbereiches Tiefbau und den hierzu erfolgten Beschluss.</p> <p>Der Bürgermeister empfiehlt, dem Antrag nicht zu entsprechen.</p>
--	--	--	---